

2026/I/Recht/9

Beschluss

Annahme

Öffentlich-rechtlichen Rundfunk vor Angriffen schützen – Zustimmungspflicht der Bürgerschaft für Kündigungen von Staatsverträgen verankern

Die SPD Fraktion der Hamburgischen Bürgerschaft und die SPD Mitglieder des Senats werden aufgefordert, sich für eine Änderung der Hamburgischen Verfassung einzusetzen, wonach die Kündigung von Staatsverträgen, insbesondere solcher mit medienpolitischer Relevanz wie dem Rundfunkstaatsvertrag, nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Hamburgischen Bürgerschaft erfolgen darf.

Überweisen an

Senat und Bürgerschaft